

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: - (1973)
Heft: 1

Rubrik: Die Schweiz von Tag zu Tag

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Schweiz von Tag zu Tag

26. September

Der Nationalrat diskutiert Massnahmen zum Schutze der Währung und vor allem zur Bekämpfung der Inflation.

Der Ständerat heisst ohne Gegenstimmen eine Anpassung der Leistungen der Militärversicherung im Sinne einer Anpassung an die Leistungen der AHV gut.

27. September

Der deutsche Bundespräsident, Gustav Heinemann und seine Gattin, begleitet von Aussenminister Scheel, sind zu einem dreitägigen Staatsbesuch in Bern eingetroffen. Da nach dem Attentat von München, die westdeutschen Spitzenpolitiker als besonders gefährdet gelten, wurden ausserordentliche Sicherheitsmassnahmen getroffen.

30. September/1. Oktober

Der ordentliche Parteitag der sozialdemokratischen Partei der Schweiz, vereinigt in Interlaken 1500 Delegierte und Gäste, darunter überraschenderweise der Deutsche Bundeskanzler, Willy Brandt, der sich für zwei Stunden mit Helikopter einfindet und eine Rede zum Thema «Für eine europäische Friedens- und Sicherheitspolitik» hält. (Die Anwesenheit eines ausländischen Regierungschefs an der Jahrestagung einer schweizerischen politischen Partei, zudem nur zwei Tage nach Staatsbesuch des Staatspräsidenten des gleichen Staates, gibt zu einigen Bemerkungen Anlass).

2. Oktober

Der Nationalrat beschliesst, die Kavallerie in der Armee beizubehalten, die Zahl der Schwadronen jedoch von 16 auf 12 zu vermindern. Entgegen der nationalrätlichen Spezialkommission beschliesst die Grosse Kammer, nach Befürwortung durch Bundesrat Celio, mit 87 zu 54 Stimmen, ein Postulat zu-

rückzuweisen, das den Interessen der Schweizer in der Bundesrepublik hätte Rechnung tragen und eine Ergänzung des neuen Doppelbesteuerungsabkommens mit Deutschland vorsehen sollen.

4. Oktober

Der Bundesrat verteidigt vor dem Nationalrat seinen Entscheid bezüglich der Nichtanschaffung von Kampfflugzeugen.

Im Ständerat wird ein Vorstoss für eine wirksamere Kontrollinstanz für Radio und Fernsehen mit 27 zu 5 Stimmen gutgeheissen.

5. Oktober

Der «Ausverkauf der Heimat» geht trotz aller gesetzlichen Vorschriften weiter. Nach einem Bericht des eidg. statistischen Amtes wurden 4849 Gesuche für den Erwerb von Grundstücken durch Ausländer bewilligt und nur 183 abgelehnt! Damit wurden 3,3 Millionen m² Schweizerboden an Ausländer verkauft (Vorjahr 2,9 Millionen).

6. Oktober

Es wird bekannt, dass der Landesindex der Konsumentenpreise Ende September 6,8% höher lag als vor Jahresfrist.

8. Oktober

Der Schweiz. Generalstabchef, Johann Jacob Vischer, weilt für eine Woche auf Einladung der Armee in Schweden.

An der zweiten Landeskonferenz der militärischen Verbände in Bern wird beschlossen, den Prestigeverlust der Armee bei der Jugend nicht mehr weiter hinzunehmen und die Wehrbereitschaft zu fördern.

11. Oktober

Der Bundesrat beschliesst 200 vertriebene Asiaten aus Uganda aufzunehmen.

12. Oktober

Es wird bekannt, dass Nordviet-

nam, dem für dieses Land ernannte schweiz. Botschafter keine Gelegenheit zur Überreichung des Beglaubigungsschreibens bietet. Die Schweiz hat Nordvietnam vor etwas mehr als einem Jahr aus dem Prinzip der Universalität unserer diplomatischen Beziehungen und zur Förderung der humanitären Aktionen anerkannt.

13. Oktober

Kanton Neuenburg

Im Grossen Rat wird diskutiert, ob den Ausländern das Stimmrecht auch in kantonalen Belangen gegeben werden soll. (Den Gemeinden steht seit 1849 das Recht zu, den auf ihren Gebieten niedergelassenen Ausländern das Stimmrecht zu erteilen).

18. Oktober

Der Bundesrat verabschiedet zuhanden der eidg. Räte den Entwurf zum Budget der Eidgenossenschaft für 1973, das bei 11,4 Milliarden Franken Ausgaben ein Defizit von 200 Millionen vorsieht. Der Bundesrat beschliesst, ab 1. Januar verschiedene Posttaxen zu erhöhen.

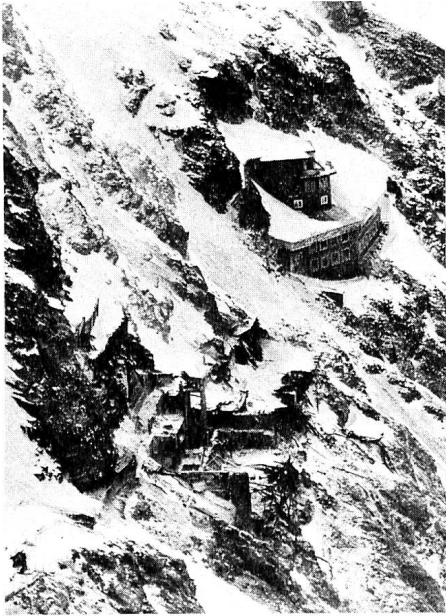
19. Oktober

Der Chef des Eidg. Finanz- und Zolldepartements erklärt an einer Pressekonferenz, dass der Bund vor einer Ausgabenexplosion stehe, und kündigt deshalb Erhöhungen der Warenumsatz- und der Wehrsteuer an.

Seit einiger Zeit machten sich Unruhestifter in den Sanitäts- und Luftschutzrekrutenschulen in Lausanne und Genf bemerkbar, wobei es sich nur um eine kleine Gruppe handelte, in einem Fall unter Beeinflussung durch aussenstehende Personen. Über die betreffenden Rekruten wurde scharfer Arrest verhängt, die Zivilpersonen werden vor Militärgericht gezogen.

22. Oktober

Das Hotel und Berghaus Jungfrauoch fällt einem Brand zum



Opfer. Zum Glück können Bahnstation und Forschungsstätte gerettet werden.

In Bern führt ein Fussball-Länderspiel Italien–Schweiz zum Resultat von 0:0. Es handelte sich um ein Ausscheidungsspiel für die Weltmeisterschaften 1974. Das Rückspiel findet in Italien statt.

29. Oktober

Am schweizerischen Gewerkschaftskongress in St. Gallen wird gefordert, dass das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in die Bundesverfassung aufgenommen werden müsse. Zur Volksschulreform begrüsst der Gewerkschaftsbund die Schaffung eines Bildungsartikels in der Bundesverfassung, in welchem «das Recht auf Bildung für alle» verankert sein soll.

31. Oktober

Beim Bahnhof von St. Triphon (VD) auf der Strecke Sion–Lausanne ereignet sich eines der schwersten Zugsunglücke in der Geschichte der schweizerischen Bundesbahnen. Auf einer Weiche prallt ein Schnellzug auf eine Güterzugkomposition. Dabei berstet ein Zisternenwagen mit 80 000 Liter Heizöl, die augenblicklich Feuer fangen. Das Unglück, das teils auf menschliches Versagen,

teils auf technische Mängel zurückzuführen zu sein scheint, fordert vier Menschenleben.

1. November

Der Bundesrat empfiehlt die Annahme der sogenannten Münchensteiner-Initiative, die die Einführung eines dem Militärdienst parallel gestellten Zivildienstes zum Inhalt hat. Die Angelegenheit wird nun den Räten vorgelegt werden.

Die Front de Libération Jurassien (FLJ) verübt einen Anschlag auf die Berner Trinkwasserversorgung, indem sie rund 30 Liter Öl in das 4 Mio Liter fassende Wasserreservoir am Könizberg schüttet. Da die Kammer sofort geschlossen wird, gelangt kein Heizöl in das Leitungssystem.

2. November

Am 2. und 3. November treffen insgesamt 190 Flüchtlinge aus Uganda in der Schweiz ein. Die vom Bundesrat bewilligte Zahl von 200 ist somit noch nicht erreicht, da eine Familie von 10 Personen beim Start des Charterflugzeuges in Uganda nicht erschienen war. Die Leute werden in der Schweiz in verschiedenen Kantonen untergebracht, wobei man sich bemüht, die Gruppen, die schon in Uganda bestanden haben, nicht trennen.

3. November

Die «Nationale Aktion für Volk und Heimat» reicht bei der Bundeskanzlei eine weitere «eidgenössische Volksinitiative gegen die Überfremdung und Überbevölkerung der Schweiz» ein; die Initiative trägt 69 530 Unterschriften und will die Zahl der Ausländer auf 500 000 beschränken. Die Zahl der jährlichen Neueinbürgerungen soll ausserdem auf maximal 4000 festgesetzt werden.

Am 3. und 4. November spricht sich die Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz (CVP) an ihrer Delegiertenversammlung

in Wil gegen das Volksbegehren der Partei der Arbeit (PdA) für eine «wirkliche Volkspension» aus und unterstützt den Gegenentwurf der Bundesversammlung. Für die Abstimmung über den Freihandelsvertrag mit der EWG geben die Delegierten mit wenigen Enthaltungen und keiner Gegenstimme die Ja-Parole aus.

4. November

Die Republikanische Bewegung lehnt den Handelsvertrag Schweiz–EWG ab und gibt für die entsprechende Abstimmung die Nein-Parole heraus, obwohl noch in der letzten Session des Nationalrates die republikanische Fraktion den EWG-Vertrag befürwortet hat. Nationalrat Schwarzenbach begründet diese Kehrtwendung unter anderem damit, dass «uns der Bundesrat mit dem EWG-Freihandelsvertrag belügen kann, wie er uns früher belogen hatte».

5. November

Unbekannte Täter schleudern über das Wochenende Molotow-Cocktails gegen Militärfahrzeuge, die auf dem Kasernengelände Vernet in Genf abgestellt sind.

7. November

Die Nationalratskommission zur Vorbereitung der Flugzeugbeschaffung befasst sich abschliessend mit dem negativen Entscheid des Bundesrates. Die Mehrheit der Mitglieder hält an der Gültigkeit der aus dem Jahre 1966 stammenden Verteidigungskonzeption fest und verlangt eine rasche Verbesserung unserer Luftwaffe.

Nach einer Meldung der Nachrichtenagentur Nordvietnams ist der erste schweizerische Botschafter in Hanoi, Pierre Châtelain, in der nordvietnamesischen Hauptstadt eingetroffen.

9. November

Die sogenannte «Lex von Moos», die die Bewilligungspflicht für den Grundstückserwerb durch Aus-

länder zum Inhalt hat, wird durch die verschärfte «Lex Furgler» ersetzt. Auslandschweizer bleiben von den Restriktionen ausgeschlossen.

14. November

Das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA) gibt bekannt, dass im Oktober in der Schweiz 86 Arbeitslose gezählt wurden. Die Gesamtzahl der vom öffentlichen Arbeitsnachweis erfassten offenen Stellen belief sich Ende des Berichtsmonats auf 3959.

Mit einer Sparquote von 11 230 Franken pro Kopf sollen die Schweizer nach wie vor das sparsamste Volk der Welt sein. Die Zeitung «Finanz und Wirtschaft» kommt zum Ergebnis, dass wegen der bisher zu wenig beachteten, sehr starken Sparzuwachsquoten per Ende August dieses Jahres die Sparquote pro Kopf in der Schweiz sogar 14 750 Franken betrug.

15. November

Oberstkorpskommandant Eugen Studer, Kommandant der Flieger- und Fliegerabwehrtruppen, reicht dem Bundesrat seine Demission ein. Beobachter führen diesen vorzeitigen Rücktritt auf die Flugzeugbeschaffungsaffäre zurück.

20. November

Der Präsident der Republik Indonesien und Frau Suharto treffen zu einem eintägigen offiziellen Besuch in Bern ein. Während der Arbeitsgespräche unterhielt man sich vor allem über die technische Zusammenarbeit, wobei eine Steigerung der schweizerischen Leistungen in den nächsten Jahren geplant ist.

22. November

Der Bundesrat sieht auf Antrag des Militärdepartements eine zweite Nachbestellung von 30 «Hunter» Kampfflugzeugen vor. Diese Anschaffung würde eine Übergangslösung darstellen, die wegen des missglückten Kaufes neuer Erdkampfflugzeuge notwendig geworden ist.

25. November

Die Stimmberechtigten des Waadtländer Rebbbauerdorfes Villette genehmigen den Bauzonenplan ihrer Gemeinde und entscheiden sich somit gegen das Komitee «Sauer Lavaux».

27. November

Der aargauische Regierungsrat entscheidet sich für den Bau eines Kernkraftwerkes in Kaiseraugst.

29. November

Der Nationalrat genehmigt das Doppelbesteuerungsabkommen mit Deutschland. Bundesrat Celio bedauert die daraus für die 35 000 in Deutschland wohnhaften Schweizer entstehenden Benachteiligungen. Bei nächster sich bietender Gelegenheit soll auf eine Korrektur dieser Situation hingewirkt werden. Im übrigen gibt Bundesrat Celio zu bedenken, dass die Benachteiligungen bei einem nach Ablehnung des Abkommens möglicherweise drohenden vertragslosen Zustand noch grösser wären.

3. Dezember

Das Schweizer Volk heisst das EWG-Freihandelsabkommen mit 1 345 057 Ja gegen 509 350 Nein gut. Abgelehnt wird die PdA-Initiative «für eine wirkliche Volkspension» mit 294 477 Ja gegen 1 481 249 Nein; dagegen wird der Gegenvorschlag des Bundesrates mit 1 394 031 Ja gegen 417 680 Nein gebilligt. Die Stimmbeteiligung beträgt über 50 Prozent und muss somit für schweizerische Verhältnisse als gut bezeichnet werden.

Von den kantonalen Abstimmungen erregt vor allem die sogenannte «Reichtumssteuer», die im Kanton Baselland vom Souverän angenommen worden ist, Aufsehen. Diese Steuer beinhaltet einen Einkommensteuerzuschlag zwischen 0,5 Prozent bei einem jährlichen Einkommen von 80 000 Franken und 140 Prozent bei einem solchen von über 500 000 Franken.

4. Dezember

Der Nationalrat stimmt der vom Ständerat beantragten Abschaffung der Kavallerie mit 91 gegen 71 Stimmen zu; noch in der Herbstsession wollte sich die grosse Kammer mit einer Reduktion der berittenen Truppen auf 12 Schwadronen begnügen.





Bundesrat R. Gnägi hat anfangs Dezember unsere Sportkanonen empfangen. Wir erkennen ihn in Begleitung von M.-T. Nadig und B. Russi.

4. Dezember

Der Ständerat spricht sich mit deutlicher Mehrheit für die Unterzeichnung der Europäischen Menschenrechtskonvention durch die Schweiz aus.

Der Bundesrat führt vor dem Parlament aus, dass aus Gründen des Umweltschutzes die Toleranzgrenze für den Bleigehalt im Benzin im Jahre 1973 weiter herabgesetzt werden soll.

6. Dezember

In einer Botschaft sieht der Bundesrat folgende Sofortmassnahmen in der Form von dringlichen Bundesbeschlüssen zur Konjunkturdämpfung vor:

1. Massnahmen auf dem Gebiet des Kreditwesens, um die innere Nachfrage zu bremsen.
2. Verlängerung des Bundesbeschlusses über die Erhebung eines Depots von höchstens 5 Prozent auf dem Warenwert der Exporte um drei Jahre.
3. Befristete Einschränkung der Abschreibungsmöglichkeiten auf den Steuern von Bund, Kantonen und Gemeinden.
4. Neuer Bundesbeschluss über Massnahmen zur Stabilisierung des Baumarktes.
5. Bundesbeschluss über Massnahmen zur Überwachung der Preise.

Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes

Im Jahre 1859 durchquert der Schweizer, Henri Dunant, die Lombardei. Am Abend kommt er zu einem blütigen Schlachtfeld in Solferino und bemerkt mit Schrecken, dass Tausende von verletzten Soldaten, ohne Pflege und dem sicheren Tod geweiht, ihrem Schicksal überlassen worden sind.

Durch dieses schreckliche Erlebnis von Dunant wurde die Idee des Roten Kreuzes geboren. Er improvisierte während einigen Tagen eine Hilfsaktion. Nach seiner Rückkehr nahm er sich vor, den Mitmenschen von diesem Ereignis zu erzählen und schrieb das Buch «Ein Andenken an Solferino», welches ganz Europa erschütterte. Durch diese Reportage schlägt Dunant eine Lösung vor: seine



Besuch eines Lagers in Lateinamerika.

(Foto IKRK)